

LIBERAL DEMOCRACY, AUTHORITARIAN PASTS
AND THE LEGACY OF 1989

Das Projekt „Liberal Democracy, Authoritarian Past and the Legacy of 1989“ wird vom Ústav pro soudobé dějiny AV ČR (Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik) in Prag mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung und des Polnischen Instituts (beide Prag) durchgeführt. Zu der Projekttagung (20. bis 22. Mai 2011) kamen überwiegend Wissenschaftler/innen der mittleren und jüngeren Generation mit dem Ziel zusammen, die Haupttendenzen der Entwicklung des Denkens über Politik und Soziales in Ostmitteleuropa seit dem Umbruch von 1989 zu vergleichen. Aus dem ursprünglich als kleiner Workshop geplanten Treffen wurde schließlich ein dichter Konferenzmarathon von zweieinhalb Tagen, bei dem weitaus intensiver und kontroverser diskutiert wurde, als es in Tschechien zumeist der Fall ist.

Einführend stellten die beiden Organisatoren die Forschungsarbeiten vor, aus denen die Idee zu der Tagung hervorgegangen war: Balázs Trencsényi (Budapest) präsentierte mit „Negotiating Modernity“ den Entwurf einer Gesamtdarstellung des modernen politischen Denkens in Mittel- und Osteuropa. Michal Kopeček (Prag) konnte auf den soeben erschienenen Band „Rozdělení minulosti“ (Durch Vergangenheit geteilt) seines Teams am Institut für Zeitgeschichte hinweisen. Die an dieser Publikation beteiligten Autoren haben über einige Jahre hinweg die Herausbildung politischer Identitäten in der Tschechischen Republik seit 1989 verfolgt und sind zu dem bemerkenswerten Ergebnis gelangt, dass die tschechische postkommunistische Politik nicht hauptsächlich entlang ideologischer Grenzen strukturiert ist, sondern der Bezug zur eigenen Vergangenheit und Bindungen, die in der Familie, am Arbeitsplatz oder einst im Gefängnis entstanden sind, die ausschlaggebenden Kriterien für die Bildung politischer Lager darstellen.

Das erste Panel, das dem Thema Liberalismus gewidmet war, stellte die Kontexte nebeneinander, in denen die Ideen des Liberalismus in den Ländern Ostmitteleuropas aufkamen bzw. ihre ersten politischen Erfolge erzielten. So beschrieb Irena Ristić (Belgrad) den serbischen Liberalismus, der sich in den neunziger Jahren von Milosevic abgrenzte, und das einerseits mit der Forderung nach liberalisierenden Reformen, andererseits aber auch nach einem konsequenteren Nationalismus strebend. Anschließend zeichnete Ferenc Laczó (Jena) die Entwicklung der ungarischen Zeitschrift „Beszélő“ (Der Sprecher) nach, die zunächst im Samizdat erschienen war und dann zu einer bedeutenden post-dissidentischen Plattform avancierte. Karolina Wigura (Warschau) stellte die Frage, wohin die polnischen Liberalen verschwunden sind. Unter den Antworten, die sie anbot, ist wohl die am interessantesten, dass der Liberalismus, der sich nach 1989 als radikalste Alternative zum Kommunismus präsentierte – gewissermaßen als Gegenentwurf zum Marxismus – auf ganz ähnlichen intellektuellen Mustern basierte wie dieser, zum Beispiel in seiner Erwartung eines „Endes der Geschichte“.

Facetten des post-kommunistischen Konservatismus wurden am tschechischen Beispiel erörtert: Petr Roubal (Prag) charakterisierte den Konservatismus der kleinen, aber in den neunziger Jahren sehr einflussreichen „Občanská demokratická

aliance“ (Bürgerlich-demokratische Allianz) mit ihrer Verbindung von neoliberaler Wirtschaftstheorie und dem so genannten „Zukunftsantikommunismus“, der in der Rettung der demokratischen Transformation vor kommenden „Bolschewiken“ bestehen sollte und damit in verblüffender Weise auch für einstige KSČ-Mitglieder annehmbar war. Martin Myant (Paisley, UK) analysierte die tschechische wirtschaftliche Transformation unter der Fragestellung, wie sie in die Taktik der Regierung passte und der tschechischen Öffentlichkeit präsentiert wurde. Er zeigte, dass in vielen Fällen weitreichende Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur und Sozialpolitik ohne Erklärung der Folgewirkungen vorgenommen wurden – es reichte völlig aus, sich des marktkapitalistischen Diskurses zu bedienen. In die gleiche Richtung ging Adéla Gjuríčová (Prag) in ihrem Beitrag, in dem sie das Phänomen des „verdeckten Konservatismus“ in der Familien- und Sozialpolitik der neunziger Jahre identifizierte: So sahen zum Beispiel die Wirtschaftsreformen, die im Herbst 1990 vom tschechoslowakischen Parlament ratifiziert wurden, eine Verlängerung der finanziellen Unterstützung von Familien vor. Diese Maßnahme zielte explizit darauf, Mütter von kleinen Kindern vom Arbeitsmarkt fern zu halten und so das Anwachsen der Arbeitslosigkeit abzubremsen. Die diskriminierende Seite dieses Gesetzes wurde überhaupt nicht wahrgenommen.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete ein Doppelpanel zum Thema Populismus. Als problematisch erwies es sich in dieser Sektion, den Begriff analytisch produktiv einzusetzen, da Äußerungen des Populismus oft nicht deutlich von den Zeichen der Desillusionierung abgrenzbar sind, zu denen es im Zuge des Transformationsprozesses und der Vergangenheitspolitik kam. Das Panel war dennoch sehr interessant – so wurde zum Beispiel über den neuen Populismus diskutiert, der in den letzten Jahren im Kontext des Kampfes gegen die Korruption aufgekommen ist und eine neue Welle des Neoliberalismus mit sich gebracht hat, wie Camil Parvu (Bukarest) für Rumänien und Ruzha Smilova für Bulgarien (Sofia) zeigten. Gleiches lässt sich über den Populismus in Ungarn sagen, wie András Bozóki (Budapest) in seiner durchaus suggestiven Darstellung vorführte: Regierungschef Victor Orbán spreche von der Vollendung der Transformation und Revolution, wobei er traditionelle Familienwerte beschwöre und den Kurs gegenüber Arbeitslosen und Armen verschärfe sowie die Medien kontrolliere. Allgemeine Heiterkeit erregte dann Juraj Buzalka (Bratislava) mit seinen Ausführungen zum posthumen politischen Leben von Populisten, d.h. der Manipulation mit den sterblichen Überresten politischer Führer, die zum Beispiel in der Slowakei und in Ungarn Tradition haben.

Der Block, der der „Suche nach der Linken“ galt, führte zu Phänomenen, die sich letztlich als keineswegs spezifisch für den jugoslawischen Staatssozialismus erwiesen: Zunächst zeigte Luka Gabrielčič (Budapest), wie die slowenische Opposition dank einer gewissen Offenheit des Regimes in den achtziger Jahren den französischen Strukturalismus kennenlernen konnte und unter dem Einfluss dieser Ideen marxistisches Denken ernsthaft revidierte. Ähnlich wie Gabrielčič konnte dann Luboš Blaha (Bratislava) am Beispiel der Slowakei nachweisen, dass sich der konkrete Inhalt linker Ideen im Kontext der jeweiligen Gesellschaft herausbildet – in diesem Fall sei etwa an die Ignoranz gegenüber Umweltproblemen oder den Rechten der Frauen bei den slowakischen Sozialdemokraten zu denken.

James Mark (Exeter, UK) eröffnete das folgende Panel zur Geschichtspolitik mit einem Beitrag über Reflexionen zum Jahr 1989 in Ostmitteleuropa. Er konstatierte, dass konstruierte Bilder des Jahres 1989 in den verschiedenen Gesellschaften Ostmitteleuropas wider Erwarten nicht als einigende Erinnerung wirken, sondern – angestoßen von aktuellen politischen Themen – eher kritische Reinterpretationen des Umbruchs als „unvollendete“ oder „gestohlene Revolution“ anstoßen. Aber auch die Konstruktionen der „Revolution von 1989“ könnten nur durch den Bezug zur kommunistischen Vergangenheit Sinn erhalten, deren starke Kräfte nach 1989 die gesellschaftlichen und politischen Subjekte geformt hätten. Wie auch aus den Beiträgen von Adam Hudek (Bratislava) und Alexander Jakir (Split) sowie der nachfolgenden Diskussion hervorging, ist die Gedächtniskultur älter als das Gedenken an den Kommunismus – entfaltete in Polen doch bereits in den achtziger Jahren Katýn eine stark mobilisierende Wirkung.

Das Panel zur alternativen Politik machte im Programm zunächst einen allzu heterogenen Eindruck, entwickelte sich dann aber dynamisch, was auch daran lag, dass es disziplinäre Grenzen überschritt. Allan Sikk (London) trat mit einem politologischen Vergleich von Wertorientierungen europäischer grüner Parteien auf: Diese Parteien sind in Ost- und Ostmitteleuropa zwar stärker post-materialistisch orientiert als es bei den Gesellschaften bzw. Durchschnittsbürgern in diesen Ländern der Fall ist, aber deutlich weniger als grüne Parteien im Westen Europas. Mit ihrem Beitrag über den Feminismus in Jugoslawien rüttelte Zsófia Lóránd (Budapest) an allen Klischees: Feministisches Denken sei in Jugoslawien schon lange vor 1989 weit entwickelt gewesen; in den neunziger Jahren habe es dann zunächst vor allem nationalistische – und keineswegs demokratische – Vorstellungen transportiert.

Schließlich präsentierte Larisa Kurtović (Berkeley) ihre kulturanthropologische Analyse der Straßenunruhen in Sarajewo im Jahr 2008: Ein Gewaltakt einer Gruppe von Jugendlichen habe die Menschen auf die Straße gebracht und die vorgeblich durch nichts zu erschütternde regionale Elite aufgestört. Alternative Politik par excellence, vollkommen außerhalb der etablierten politischen Strukturen, dabei mächtig und breit verankert agierte mit einem nostalgischen Bild von Tito. Einen Höhepunkt der Konferenz stellte meiner Meinung nach Kurtovićs Erklärung dar, dass die Welle der Unzufriedenheit, die sich hier Bahn brach, einen wesentlichen Faktor der politischen Erfahrung in Bosnien und Herzegowina zum Vorschein brachte: die Abwesenheit des Staates (fehlende Sicherheit) kombiniert mit der Hypertrophie staatlicher Strukturen (wie z. B. Existenz mehrerer Parlamente).

Das Abschlusspanel am Sonntagmorgen wurde von Paul Blokkers (Trento) theoretischem Beitrag über Verfassungen als Faktor der Demokratisierung und Transformation eröffnet. Bei seinen Ausführungen über die identitätsbildende Funktion von Verfassungen musste man zwangsläufig an die Abgeordneten des föderalen Parlaments der Tschechoslowakei denken, die noch in den Jahren 1991-1992 – und damit zu einer Zeit, als der gemeinsame Staat praktisch bereits nicht mehr funktionierte – an einer neuen Verfassung arbeiteten. Sie hofften aber, dass, wenn ihnen die Annahme der Verfassung gelingen würde, auch der gemeinsame Staat gerettet werden würde. Jiří Příbáň (Cardiff) verwies auf den problematischsten Aspekt des gegenwärtigen politischen Denkens in der Region, und zwar auf den Widerspruch

zwischen dem schwachen Staat und der starken Gesellschaft, oder anders formuliert: auf die gleichzeitige Existenz starken Misstrauens gegenüber dem Staat auf Seiten der Gesellschaft und der korrupten Verschwisterung – der „dirty togetherness“ – auf Seiten der politischen Eliten.

Auch dieser letzte Block bewies, dass die Produktivität der Konferenz letztlich nicht von exakt definierten und konsensualen Begrifflichkeiten oder methodischer Geschlossenheit abhing. Denn die Momente, in denen es über die Referate oder Diskussionsbeiträge gelang, das Denken der politischen Akteure und die alltägliche politische Erfahrung der Bürger zusammenzubringen, waren ohne Zweifel die stärksten der Konferenz.